

Covid-19 – mehr als ein medizinisches Ereignis

Nur eine Verbindung aus starker Demokratie und starkem Wohlfahrtsstaat wird in der Lage sein, die Krise so zu bewältigen, dass Freiheit, wirtschaftliches Überleben und Gesundheit in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Text **Peter Neher**

Welche Bilder werden Ihnen von der Corona-Pandemie im Gedächtnis bleiben? Die Militärfahrzeuge, die Leichen durch das nächtliche Bergamo transportieren? Die erschöpfte Intensivpflegerin, die auf der Tastatur ihres Rechners eingeschlafen ist? Vielleicht hat auch die veränderte Arbeit vom heimischen Schreibtisch aus Ihr Bild von der ersten Phase der Pandemie in

Deutschland geprägt. Mein Arbeitsalltag hatte sich jedenfalls schlagartig verändert. Über Monate hinweg keine Dienstreise, keine Vorträge und Diskussionsrunden und, was mich besonders geschmerzt hat, keine gottesdienstlichen Feiern mit den Gemeinden, in denen ich sonst mitarbeite. Nie zuvor war ich meiner 17-jährigen Amtszeit so lange am Stück in Freiburg, in meinem Büro und zu Hause in meiner Wohnung. Dafür zahllose Video-Konferenzen; Krisenmodus auf allen Ebenen. So oder so, die Corona-Situation wird bei jedem von uns einen Eindruck hinterlassen. Die Herausforderungen im Frühjahr 2020 waren enorm. Angesichts der Einschränkungen galt es, vieles anders als gewohnt zu organisieren. Ständig mussten neue Fragen beantwortet, Probleme bewältigt und Risiken minimiert werden. Nicht nur operative Fragestellungen, auch politische Entwicklungen und ethische Herausforderungen wurden in unterschiedlichen Formaten diskutiert und schnell abgestimmt. Dennoch bin ich zurückhaltend, wenn es darum geht, „Lehren“ aus der

Bild **Christiane Stieff**



Die Liste der gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen, verursacht durch die Corona-Pandemie, ist lang und reicht von obdachlosen Menschen über die Betreuung und Teilhabe von alten Menschen und Menschen mit Behinderung bis hin zum Kinderschutz.

Krise zu ziehen. Denn noch ist sie nicht in Sicht, die Zeit „nach“ Corona; vielmehr müssen wir mindestens für eine geraume Zeit lernen, mit dem Virus zu leben. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels ist nicht ausgemacht, ob wir uns in Deutschland mit den Auswirkungen einer zweiten Welle beschäftigen müssen, oder ob die Vorsichtsmaßnahmen ausreichen, diese zu verhindern. Auch wenn es für „Lehren“ vermutlich noch zu früh ist und Schlussfolgerungen spekulativ bleiben müssen, lassen sich dennoch einige Punkte benennen, auf die es in den kommenden Jahren nicht nur aus caritativer Sicht zu reagieren gilt.

Mehr als ein Brennglas! Gesellschaft und Caritas in der Pandemie

Zunächst ist es die Erkenntnis, dass die Einschränkungen im Kontext der Corona-Situation wie ein Brennglas auf Themen gewirkt haben, die nicht neu sind, sich in der Krise aber verschärft haben. Dass die Bildungschancen in Deutschland zu sehr von den sozialen Bedingungen abhängen, war auch vor der Krise bekannt. Dies war in der Zeit des Homeschoolings aber in besonderem Maße greifbar, wenn Eltern keinen Computer zu Hause haben, den Kindern nicht bei den Aufgaben helfen können oder vielleicht schlecht Deutsch sprechen. Wer sich für den Zusammenhalt einsetzen möchte, muss sich mit Fragen der Bildungsgerechtigkeit und der Aufstiegschancen auseinandersetzen. Seit langem lässt sich beobachten, dass sich Armut tendenziell verfestigt. Die Krise hat ein weiteres Mal unterstrichen, dass Politik präventiv handeln, soziale Mobilität stärken und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen unterstützen muss. Gerade im Bildungssystem läge ein Schlüssel, um mehr Chancengerechtigkeit zu realisieren. Angesichts dessen ist es befremdlich, wie wenig zeitweise über Bildungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, aber auch über die fehlende Betreuung von Kindern gesprochen wurde.

Die Situation in vielen Pflegeeinrichtungen hat ebenso bestätigt, wie groß der Handlungsbedarf ist.

Viele Sparmaßnahmen der Vergangenheit gingen zulasten der Pflegekräfte. Dennoch wäre es falsch zu unterstellen, dass diese Problematik nicht in der Politik angekommen wäre, wenn man an das Pflegeberufegesetz zur gemeinsamen Pflegeausbildung denkt, die zusätzlichen Pflegekräfte oder das Pflegegestärkungsgesetz. Nur wirken diese Maßnahmen nicht von heute auf morgen. Bonuszahlungen, die eine hohe gesellschaftliche Anerkennung angesichts einer Ausnahmesituation ausdrücken, sind vielleicht schöne Zeichen, die grundlegenden Probleme aber lösen sie nicht. Hier sind neben der Politik insbesondere die Tarifpartner und Kostenträger gefordert. Beide Felder stehen für eine Vielzahl an Themen und Personengruppen, deren Probleme im Zuge der Corona-Situation virulent wurden, die aber in den öffentlichen Debatten allenfalls am Rande eine Rolle spielten. So hätte ich mir die Energie und die Aufmerksamkeit, die der Wiederaufnahme der Fußballbundesliga gewidmet wurde, auch an anderer Stelle gewünscht. Die Liste der gesellschaftlichen Herausforderungen ist lang und reicht von obdachlosen Menschen über die Betreuung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung bis hin zur Zunahme von häuslicher Gewalt und der Schwierigkeit, den Schutz von Kindern sicherzustellen, oder der Betreuung von suchtkranken Menschen. Die Pandemie trifft alle, wenn auch nicht alle gleich. Gerade die gesundheitlichen und sozialen Risiken sind ungleich verteilt.¹

Eine weltweite Pandemie trifft alle – nur anders

Die Pandemie ist ein weltweites Phänomen. Was mehr Zusammenarbeit und Solidarität erfordern würde, hat auch in der internationalen Perspektive deutliche Unterschiede gezeigt. Gerade in den Ländern des globalen Südens sind viele Menschen ökonomisch und sozial nicht in der Lage, die Folgen der Pandemie ohne Hilfe zu bewältigen. Der Preis von notwendigen Ausgangssperren ist hoch, gerade dann, wenn ich an die Millionen Menschen ohne festes Anstellungsverhältnis denke. Aber

auch die circa 80 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen sind von Covid-19 besonders bedroht. Die Arbeit der Partner von Caritas international hat sich vielerorts aufgrund von Beschränkungen verändert. So mussten die Gesundheitszentren von Caritas Jordanien schließen. In Syrien wurden Nahrungsmittelverteilungen eingeschränkt, um Menschenansammlungen zu verhindern. Gott sei Dank konnte die Hilfe mancherorts direkt zu den Haushalten gebracht werden.

Eine Pandemie, die keine Grenzen kennt, braucht mehr Kooperation und Solidarität. So nachvollziehbar die Grenzschießungen in Europa gewesen sein mögen, haben die damit verbundenen Schwierigkeiten doch gezeigt, wie eng Europa bereits zusammengewachsen ist und die offenen Grenzen zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind. Der Zaun zwischen Konstanz und Kreuzlingen, an dem sich durch die Grenze getrennte Paare treffen konnten, ist mehr als ein beklemmendes Sinnbild dafür. Die Art und Weise, wie die Schließungen in nationalen Alleingängen durchgesetzt wurden, aber auch die Diskussionen über die innereuropäischen Hilfen lassen Zweifel am Willen zur europäischen Einigung aufkommen.

Es scheint die Stunde der Einzelstaaten zu sein. Im Negativen wie im Positiven. Denn gleichzeitig gab es Zeichen, die in eine europäische Richtung deuten, wie die deutsch-französische Initiative zum Wiederaufbaufonds. Patienten aus Frankreich und Italien wurden nach Deutschland zur medizinischen Behandlung geflogen. Es ist keine alltägliche Situation, wenn ein italienischer Ministerpräsident im deutschen Fernsehen oder ein deutscher Außenminister gemeinsam mit dem Finanzminister in mehreren europäischen Zeitungen für ihre politischen Pläne werben. Nationale und europäische Diskussionen werden stärker ineinander übergehen (müssen). Denn künftig brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit. Wir tun gut daran, dieses Zusammenwachsen auch im zivilgesellschaftlichen Bereich weiter zu befördern. Eine europäische Diskussion über Fra-

gen, die uns alle betreffen, kann nur gut sein – sei es im Rahmen politischer Zusammenhänge, aber auch unter den Caritasverbänden Europas. Denn letztlich leben Demokratien und auch die Kirche mit ihrer Caritas vom Ringen um gemeinsame Wege und Lösungen.

Zusammenhalt angesichts neuer Polarisierungen

Die deutsche Politik hat gut reagiert und konnte Schlimmeres verhindern. Auch die Anstrengungen, um die ökonomischen Folgen abzdämpfen, waren beeindruckend. So gut die Reaktion der Politik war, so wichtig ist es nun, wieder den Weg in eine Debattenkultur zu finden. Denn die Einschränkungen hatten einen hohen sozialen Preis, der abgewogen werden muss.

Ob die starken Proteste, die sich erst relativ spät gegen die Einschränkungen der „Corona-Politik“ richteten, einem paradoxen Effekt zu verdanken sind, dass in Deutschland das Schlimmste verhindert werden konnte, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Es liegt aber der Verdacht nahe, dass gerade die medial stark wahrnehmbaren Demonstrationen, die oft genug durch Verschwörungstheorien befeuert werden, politisch instrumentalisiert sind. Die politische Polarisierung mit ihren vergifteten Debatten, die während der Akutlage der Corona-Situation für wenige Wochen ausgeblendet schien, ist vermutlich aber nie verschwunden und nun wieder in der Öffentlichkeit angekommen.

Die israelische Soziologin Eva Illouz macht angesichts dieser Demonstrationen zwei Sichtweisen aus: „Zwei politische Lager haben sich rausgebildet. Für das eine darf das wirtschaftliche Überleben nicht der Gesundheit geopfert werden. Die (zumeist rechtsextremen) Demonstranten in Deutschland und den USA beriefen sich auf den Wert der Freiheit, um sich dem sanitären Lockdown zu verweigern. [...] Für eine zweite Gruppe, in der sich Linke wie Rechte wiederfinden, signalisiert die Corona-Krise, dass sich die Politik zu

einer Politik der Lebensbedingungen wandeln muss.“²

Wir brauchen den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Pandemie hat nicht nur soziale Probleme verdeutlicht. Sie zeigt auch, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt eine zentrale Herausforderung bleibt, um die wir uns bemühen müssen. Unsere Lebensweise hat hohe Kosten. In einem Artikel der Wochenzeitung „Die Zeit“ ordnet der Soziologe Andreas Reckwitz die Corona-Krise in längerfristige Entwicklungen ein: „Die Postindustrialisierung, die Digitalisierung, die Liberalisierung, die Vermarktlichung und Globalisierung drängen in die Lebenswelten ein, und fast niemand kann sich heute ihren Folgen entziehen. Es ergeben sich nicht nur erfreuliche Resultate – Freiheits-, Konsum- und Mobilitätsgewinne –, sondern auch problematische: verschärfte soziale Ungleichheit, kulturelle Desintegration, psychische Frustrationen, Vernachlässigung öffentlicher Güter, Marktüberhitzungen und verstärkte ökologische Gefährdungen.“³

Die Angst, abzusteuern und zu den Verlierern aktueller Entwicklungen zu gehören, ist nicht neu. Umso wichtiger ist es, die Fragen anzugehen, die seit langem liegen geblieben sind. Es braucht ein Bildungssystem, das Teilhabe ermöglicht, bezahlbaren Wohnraum in den Ballungszentren; eine gute soziale Infrastruktur, die unterstützt, und eine Pflege, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Gleichzeitig sind die ökologischen Herausforderungen mehr denn je zu bewältigen, die Anfragen an unsere Lebensweise, unseren Konsum und unsere Infrastruktur stellen.

Für mich zeigt diese Krise, dass es im Sinne von Gemeinwohl und Zusammenhalt sowohl einen handlungsfähigen Staat als auch eine Zivilgesellschaft mit spontaner Solidarität und engagierten Organisationen braucht. Die derzeitigen Entwicklungen gefährden unseren Zusammenhalt, weil sie soziale Unterschiede deutlich machen und vergrößern. Umso mehr ist unsere Gesellschaft darauf

angewiesen, dass wir die Herausforderungen, die sich uns stellen, als Aufgabe begreifen, die wir nur gemeinsam lösen können. Wie Eva Illouz betont, ist eine Pandemie nie nur medizinisch oder biologisch, sie ist gleichermaßen ein soziales und politisches Ereignis. „Die Lehre, die wir daraus ziehen dürfen, lautet, dass nur eine Verbindung aus starker Demokratie und starkem Wohlfahrtsstaat in der Lage sein wird, Katastrophen so zu bewältigen, dass Freiheit, wirtschaftliches Überleben und Gesundheit in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.“⁴ Hierfür werden gesellschaftliche und politische Debatten notwendig sein, in denen gerade die Perspektiven von Menschen zum Tragen kommen müssen, die bisher untergegangen sind. Der Deutsche Caritasverband wird sich in diesem Sinne weiterhin politisch einmischen. Die Erfahrungen der letzten Monate mit schnellen Abstimmungsprozessen und einer guten Vernetzung der unterschiedlichen Gliederungen und Mitglieder sind mehr als ein ermutigendes Zeichen, wie dies gelingen kann.

Anmerkungen

1. Vgl. HEISIG, J. P.; KÖNIG, C.: *Wie uns warum die gesundheitlichen Folgen der Pandemie vom sozialen Status abhängen.* <https://wzb.eu/de/forschung/corona-und-die-folgen/wie-und-warum-die-gesundheitlichen-folgen-der-pandemie-vom-sozialen-status-abhaengen> (Zugriff am 24.6.2020).
2. ILLOUZ, E.: *Acht Lehren aus der Pandemie.* In: *Die Zeit* Nr. 26 (18.6.2020), S. 53.
3. RECKWITZ, A.: *Verblendet vom Augenblick.* In: *Die Zeit* Nr. 25 (10.6.2020), S. 45.
4. ILLOUZ, E.: *Acht Lehren aus der Pandemie.* In: *Die Zeit* Nr. 26 (18.6.2020), S. 53.

Prälat Dr. Peter Neher

Präsident des Deutschen Caritasverbandes
E-Mail: peter.neher@caritas.de